

Geschichte lässt sich nicht ausradieren

Zu: „In Stein gemeißelter Antisemitismus“ und „Judenhass bleibt“, FR-Feuilleton vom 13. Juni und FR- Meinung vom 15. Juni

Kein absurdes Theater, sondern deutsche Realität

Das BGH-Urteil zum Wittenberger Schmäherelief überrascht kaum. Neben diesem Exemplar sind weitere antisemitische Hassbotschaften des Hochmittelalters bekannt. Eine europäische Verbreitung wird oft unzutreffend apostrophiert, denn 33 dieser Darstellungen befinden sich im deutschen Sprachraum, sofern wir Colmar (Elsass) und Metz (Lothringen) einbeziehen. Jeweils ein Exemplar befindet sich in Belgien, Polen und Schweden. Von diesen Ausnahmen abgesehen, kann von einem deutschen Phänomen gesprochen werden.

Was bewegte gerade die Deutschen zu diesem Hass? Die frühe Neuzeit war vom europäischen Humanismus geprägt. Ein würdiger Vertreter dieser Geisteshaltung war der Pforzheimer Johannes Reuchlin, der die jüdische Kultur hochschätzte und für Ausgleich und Toleranz warb. Der „Wittenberger Reformator“ Luther setzte hingegen auf Antisemitismus, Hetze und Demagogie. Reuchlin wurde zu Unrecht nahezu vergessen, während Luthers Popularität stieg. Im Zuge dieser Entwicklung und durch den Dreißigjährigen Krieg verpasste Deutschland den Anschluss an europäische Entwicklungen weiter. Es suchte nach eigenen Pfaden, die oft zu Sonderwegen wurden. Die Sprengkraft des Antisemitismus führte im 20. Jahrhundert in die größte Katastrophe der Menschheit. Der Holocaust trägt keine deutsche Handschrift.

Es ist nicht erstaunlich, dass international eine klare Sprache gesprochen wird: Das Relief in Wittenberg ist grauenhaft und

obszön. Es facht den Antisemitismus an. Die deutsche Diskussion ist akademisch und verschoben: Es sei Erinnerungskultur und ein Stachel im Fleisch, als sei jetzt Selbstgeißelung angebracht. Es wird von wundersamer Wandlung gesprochen, wonach das böse Schmäherelief sich in ein Mahnmal gewandelt habe mittels einer kaum verständlichen Bodenplatte aus DDR-Zeiten, die als dialektische Antithese verstanden werden soll. Mit einem „Schrägaufsteller“ wurde nachgebessert. Das ist kein absurdes Theater, es ist deutsche Realität! So ist es vielleicht folgerichtig, dass wohl die UNESCO oder der Europäische Gerichtshof das letzte Wort sprechen werden. Das umstrittene Schmäherelief zu entfernen und im Yad Vashem auszustellen, würde die universelle Erinnerungskultur bereichern.

Lüder Stipulkowski, Dörverden

Bilderstürmeri ist nicht hilfreich

Der BGH hat zu Recht die Klageforderung zurückgewiesen, dass die evangelische Gemeinde der Stadtkirche Wittenberg ein eindeutig antisemitisches Schmäherelief aus dem späten 13. Jahrhundert unverzüglich entfernt, und klug zwischen historischen Zeugnissen des Antisemitismus und aktueller Diskriminierung differenziert. Selbstverständlich muss man gegen heutige rassistische, menschenverachtende, antisemitische Positionierungen konsequent mit allen Mitteln vorgehen. Wer allerdings glaubt, man könne Antisemitismus ausröten, indem man seine Spuren in der Vergangenheit beseitigt, der irrt. Hier hilft nur Aufklä-

rung, klare Haltung und eindeutige Gegendarstellung, nicht aber Bilderstürmeri, die mit Säuberungsaktionen die historischen Zeugnisse von Antisemitismus aus der Welt schafft.

Hans Schinke, Offenbach

Wir müssen unsere dunkle Vergangenheit aushalten

Die Entscheidung des BGH, dass das Relief an der Stadtkirche bleiben darf, begrüße ich. Geschichte lässt sich nicht ausradieren. Auch verschwindet mit einer Entfernung dieser historischen Plastik nicht der gegenwärtige Antijudaismus und Antisemitismus. Tatsache ist, dass sich das christliche Europa schon immer gegen die Juden definierte. Ab dem 7. Jahrhundert grenzten kirchliche Konzilien die Juden konsequent aus. Insofern ist das aktuelle Behaupten einer jüdisch-christlichen Tradition Europas ein modernes Märchen. Bester Gewährsmann für das Anrühige dieser Behauptung ist übrigens die AfD, die im Grundsatprogramm festhält: „Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen.“

Es kommt darauf an, sich gegen den aktuellen Antisemitismus zu positionieren und unsere dunkle Vergangenheit auszuhalten. Deren Zeugnisse wie die Wittenberger „Judensau“ müssen erhalten bleiben, aber mit Erläuterungen versehen sein. Dass der Pfarrer der Wittenberger Stadtkirche eine eindeutige Distanzierung angekündigt hat, ist somit ein Schritt in die richtige Richtung. Siegfried Kowallek, Neuwied



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220622

Erstarrt in Feigheit

Ukraine: „Westen unter Druck“, FR-Meinung vom 15. Juni

Nein, unser christliches Abendland ist nicht die Welt des Guten und Wahren. Es ist voller Irrsinn und Zynismus. Jüngste Beispiele: In den USA wartet die Polizei vor der Klassentüre, bis ein wahn-sinniger Mörder (fast) alle Schüler erschossen hat. Im Ukraine-krieg wartet Kanzler Scholz, bis Putin (fast) alle Großstädte der Ukraine hat zerbomben lassen, um dann erst mit Waffen zu „helfen“, die Großstädte gegen feindliche Raketen schützen (können!). Nach drei Monaten Krieg erst bietet er sie an, ohne dazu zu sagen, dass die Ukraine darauf noch weitere drei bis vier Monate warten muss! Welch zynischer Irrsinn. Ist dieses Verhalten keine unterlassene Hilfeleistung, obwohl das Völkerrecht es erlaubt, einem überfallenen Volk zu helfen?

Unterlassene Hilfeleistung ist nach deutschem Recht strafbar, wenn auch nur innerhalb Deutschlands. Der Kanzler hat geschworen, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen. Fühlt er sich vor seinem Gewissen verpflichtet, auch dem Wohle des existentiell bedrohten ukrainischen Volkes zu dienen, indem er ihm schnellstmöglich hilft? Und wenn der Papst schon nicht zu Putin darf, weil dieser vom Papst nicht bloßgestellt werden will, warum besucht dieser dann nicht Mariupol, die Stadt, die er schon am 2. März Märtyrerstadt nannte, und tröstet dort die Hinterbliebenen der Märtyrer und fordert damit Putin heraus? Warum erstarren wir, der Westen, in Angst und Feigheit?

Karlheinz Fritz, Bad Camberg

Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter

Zu: „Berlin setzt auf atomare Abschreckung“, FR-Politik vom 10.6., und „Klein-Amerika in der Pfalz“, FR-Magazin vom 14.6.

Die Garantie für völlige Verwüstung

Die Aussage, wonach für Deutschland „die Notwendigkeit glaubhafter Abschreckung“ bestehe, solange Europa mit Nuklearwaffen bedroht werde, ist eine Milchmädchenrechnung. Erstens sehen die nuklearen Strategien sowohl Russlands als auch der Nato den Ersteinsatz von Atomwaffen vor. Bei der Nato entscheidet über einen Einsatz niemand anderes als die US-Regierung; der Austragungsort des nuklearen Schlagabtauschs wäre aber (zumindest zunächst) Europa. Zweitens wären die Stationierungsorte von Nuklearwaffen die ersten Ziele der gegnerischen, also der russischen Atombomben. Als Fazit gilt daher weiterhin die Jahrzehnte alte Erkenntnis: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter.

Nuklearwaffen bieten, zumal in Europa, keinen Schutz; sie sind vielmehr die Garantie für völlige Verwüstung! Daher sind die Pläne von Militärs, einen nuklearen Krieg mit „kleinen Atomwaffen begrenz-, führ- und gewinnbar“ zu machen zu wollen, eine verbrecherische Traumtänzeri. Als Al-

ternative wäre nur der Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag und die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem ganzen Kontinent anzusehen. Dass stattdessen auch die aktuelle „Fortschrittskoalition“ an der „nuklearen Teilhabe“ festhalten will, ist völkerrechtlich zumindest ein höchst zweifelhaftes, wenn nicht rechtswidriges Verhalten, denn mit der Unterzeichnung des Nicht-Weiterverbreitungsvertrages hat sich die Bundesregierung verbindlich verpflichtet, keinerlei Verfügung über die Massenvernichtungsmittel zu erlangen. Nichts anderes ist es, wenn Bomber der Bundeswehr die Bücheler Atomsprengeköpfe im Ernstfall auf Geheiß der US-Regierung zum Einsatz bringen.

Bernd Bremen, Aachen

Abschreckung durch Massenmord

Die zwei im Artikel vorgestellten Friedensaktivisten sind oder waren Lehrer. Das verwundert mich nicht. Denn als Staatsbeamte haben sie einen sicheren Beruf und sind nicht direkt oder indirekt abhängig von militäri-

schen Institutionen. Da fällt es etwas leichter, in der militärisch überformten Westpfalz in der Friedensbewegung aktiv zu sein. Aussichtslos ist solch ein Aktivismus nicht. Jeder hier in der Westpfalz wird dank der täglich erlebten Militärflugzeuge immer wieder an das militärische „Abschreckungsszenario der Nato“ erinnert und macht sich Gedanken, wohin das führen kann. Klar ist, dass die Westpfalz eins der ersten Ziele ist, das in einem Krieg verwüstet werden wird. Da helfen dann auch keine riesigen Militärkrankenhäuser mehr.

Die Argumente gegen die derzeitige Abschreckungspolitik sind in der Westpfalz bekannt. Aber man beruhigt sich: „Airbase Ramstein ja oder nein – das wird nicht in Ramstein entschieden, nicht in Mainz, Berlin, Brüssel, sondern in Washington.“ Aber hinter dieser Abwiegelung brodelte es: Was ist in Washington los? Mit welchen politischen Brüchen dort müssen wir rechnen? Und manch einem dämmert es: Abschreckung durch Atomwaffen, also durch Massenmord? Kann das der richtige Weg sein?

Michael Strake, Hütschenhausen

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über den Kampf gegen rechtes und völkisches Denken in der Arbeitswelt mit dem Soziologen Klaus Dörre und Guido Zeitler, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG,
**Freitag, 24. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen politischen Themen. Livestream: www.fr.de/hebelsstunde
**Freitag, 30. Juni, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

SORRY

Mehreren Leserinnen und Lesern ist aufgefallen, dass in unserer Würdigung Salman Rushdies etwas nicht ganz stimmen kann - siehe den Artikel „Wenn er schreibt, dann tanzt er“ (18.6., S.39). Rushdie wird 75, soll aber 1949 geboren sein? Richtig ist das Geburtsjahr 1947.

Der bedeutende Bildungsreformer, der in unserem Artikel „Das Volk aufrüsten“ (18.6., S.18) eigentlich gemeint war, hieß Friedrich Wilhelm Christian Carl Ferdinand von Humboldt und war der Bruder von Alexander von Humboldt.

Unser Bildtext zu den Beatles (17.6., S. 26) benennt die vier Musiker in der falschen Reihenfolge. Lassen Sie sich nicht verwirren. Das Bild zeigt von links nach rechts: Paul McCartney, John Lennon, Ringo Starr und George Harrison.

Im Artikel „Deutsche Führung“ (17.6., S.26) haben wir fälschlicherweise geschrieben, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble im Verlauf der Finanzkrise von 2008 eine tragende deutsche Rolle gespielt habe. Schäuble war 2008 jedoch 2008 Innenminister. Finanzminister wurde er erst 2009. Die tragende Rolle im Jahr 2008 hatte Peer Steinbrück.